

Familienzulagen : Austausch von Ratifikationsurkunden

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Mitteilungsblatt für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein**

Band (Jahr): - **(1970)**

Heft 1

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-938771>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wie die überwiegende Mehrzahl der ausländischen Städte, ringen auch die schweizerischen mit der Ordnung des Nahverkehrs in den Ballungsgebieten. Wie weit sollen und können die Forderungen der Automobilisten berücksichtigt werden? Welcher Anteil an Investitionen hat auf die Strassen zu entfallen? Mit der Antwort auf diese Frage verbunden ist die Gestaltung der zukünftigen Budgets der Kantone, Städte und übrigen Gemeinden der Ballungsräume. Während noch vor einigen Jahren der Strassenbau in den Städten optimistisch beurteilt wurde, hat sich in letzter Zeit erwiesen, wie sehr die Kosten unterschätzt wurden. Eine realistische Betrachtung der Lage führt die Fachkreise zu einer sehr zurückhaltenden Beurteilung des Nutzens eines grossen, umfassenden Strassenbaus. Z.B. dürften die abgeschlossenen Studien über die Gestaltung des Nahverkehrs im Raume Zürich zu einem teilweise radikalen Umdenken führen.

Es ist mit einer Verdoppelung der schweizerischen Bevölkerung im Verlauf der kommenden 70 Jahre zu rechnen. Der heute schon geringe Prozentsatz der in der Landwirtschaft Tätigen (7-10%) wird zurückgehen. Der industrielle Sektor dürfte relativ kleiner werden. Die Verstädterung wird sich bedeutend verstärken. Die räumliche Enge zwingt dann zu einer sehr sorgfältigen Nutzung des Raumes und zur zweckdienlichen Organisation der Ballungsgebiete. Das wahrscheinlich wichtigste gemeinsame Problem aller städtischen Regionen aber liegt in der Frage, wie die Forderungen der Zukunft im Rahmen des politischen Systems befriedigt werden können. In der Schweiz ist darum Stadtplanung zu einer sowohl fachlichen, wie politischen Aufgabe erster Ordnung geworden.

(Pro Helvetia Information und Presse)

Familienzulagen

Austausch von Ratifikationsurkunden

Bundesrat Pierre Graber, Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements und S.D. Prinz Heinrich von Liechtenstein, Botschafter des Fürstentums Liechtenstein in der Schweiz, haben am 17. März 1970 die Ratifikationsurkunden zu dem am 26. Februar 1969 unterzeichneten Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein ausgetauscht.

Das Abkommen, das am 1. Juli 1969 unter Vorbehalt der nachträglichen parlamentarischen Genehmigung in Kraft gesetzt worden ist, hat vor allem für die in Liechtenstein angrenzenden Kantone St.Gallen und Graubünden Bedeutung. Es regelt insbesondere den Anspruch der Grenzgänger in beiden Richtungen auf die Kinderzulage nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung.

Bekanntlich hat sich der Vorstand des Schweizer-Vereins seit Jahren um eine neue vertragliche Regelung dieses Problems bemüht. Diese Bemühungen führten auch zu Vorstössen im schweizerischen Parlament und der Austausch der Ratifikationsurkunden darf sicher als Krönung des Einsatzes angesehen werden.